

# Situation in den Herkunftsländern

## - Ägypten

---

„Am 24. März 2018 kam es in Alexandria mittels eines in einem geparkten Fahrzeug versteckten Sprengsatzes zu einem Anschlag auf einen Fahrzeugkonvoi des örtlichen Sicherheitsdirektors, bei dem mindestens zwei Polizisten getötet wurden. Es besteht landesweit weiterhin ein erhöhtes Risiko terroristischer Anschläge und die abstrakte Gefahr von Entführungen. Diese können sich auch gegen ausländische Ziele und Staatsbürger richten.

Seit dem 10. April 2017 gilt landesweit der Ausnahmezustand. Die Maßnahme geht mit erhöhten Eingriffsbefugnissen für Sicherheitskräfte und Militär einher. Es kommt immer wieder zu Anschlägen auf Einrichtungen ägyptischer Sicherheitsbehörden, wie am 14. Juli 2017 auf einen Polizeiposten, rund 40 km südlich von Kairo, bei dem 5 Polizisten getötet wurden.

Seit dem 11. Dezember 2016, als Teilnehmer an einem Gottesdienst in der koptischen Kirche Peter und Paul in Kairo einem Attentat zum Opfer fielen, kam es wiederholt zu Anschlägen auf koptische Christen und koptische Kirchen mit zahlreichen Toten und Verletzten. Zuletzt kam es am 29. Dezember 2017 vor einer koptischen Kirche in Helwan im südlichen Großraum von Kairo zu einem Anschlag mit neun Todesopfern.

Am 21. Oktober 2017 starben nach offiziellen Angaben 16 Polizisten bei einem Schusswechsel mit Terroristen etwa 135 km südwestlich von Giza-Stadt, abseits der Straße nach Bahariya. Medien berichteten teilweise von einer deutlich höheren Anzahl von Opfern.

Am 14. Juli 2017 fielen an einem Hotelstrand in Hurghada zwei deutsche Urlauberinnen einem Angriff mit einem Messer zum Opfer. Ein terroristischer Hintergrund kann nicht ausgeschlossen werden.

Vor dem Aufenthalt im Norden der Sinai-Halbinsel und im ägyptisch-israelischen Grenzgebiet wird gewarnt. Dies gilt auch für den Reiseort Taba. In diesen Regionen finden militärische Operationen statt, und es kam zu terroristischen Anschlägen. In Taba kam es im Februar 2014 zu einem Anschlag auf einen Reisebus mit koreanischen Touristen.

In allen anderen Regionen der Sinai-Halbinsel wird insbesondere von individuell organisierten und nicht durch staatliche Sicherheitskräfte begleiteten Überlandfahrten abgeraten, ebenso von unbegleiteten Busfahrten im Großraum Sharm el-Sheikh in Richtung Nuweiba.

Im gesamten Norden der Sinai-Halbinsel kam es wiederholt zu schweren Anschlägen. Zuletzt wurden am 24. November 2017 in Bir al-Abed im Nord-Sinai durch einen besonders schweren terroristischen Anschlag nach dem Freitagsgebet in einer Moschee mehr als 300 Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt. Über

den nördlichen Teil der Sinai-Halbinsel (Gouvernorat Nord-Sinai) wurde im August 2013 der Ausnahmezustand verhängt und seitdem immer wieder verlängert. Es gilt dort auch eine tägliche Ausgangssperre von 19.00 Uhr bis 6.00 Uhr. Der Grenzübergang Rafah, zwischen Ägypten und dem Gaza-Streifen, ist aufgrund der aktuellen Sicherheitslage grundsätzlich geschlossen. Die ägyptischen Behörden haben die Grenzregionen zu Libyen und zum Sudan zu Sperrgebieten erklärt und Reisen dorthin untersagt“ (Auswärtiges Amt, 2018).

In Ägypten machen koptische Christen nur noch einen Anteil von 10% an der Gesamtbevölkerung aus und stellen dementsprechend die größte religiöse Minderheit in dem Land dar. Laut Angaben der IGFM (Internationale Gesellschaft für Menschenrechte) werden die Christen in Ägypten zunehmend diskriminiert und verfolgt, insbesondere durch die islamischen Regime. Grundlage des Rechtssystems sei die Scharia, demnach sei es beispielsweise verboten als Muslim zu einem Christen zu konvertieren. In einem Beispielfall sei der konvertierte Mann als tot erklärt worden und hätte somit von jedem straffrei misshandelt oder umgebracht werden können (vgl. IGFM, 2018).

„In Ägypten herrschen – wie der Bericht erkennt – willkürliche Verhaftungen, Folter durch die Polizei und Einschränkung der politischen Rechte für Nichtregierungsorganisationen und Einzelpersonen vor und es mangelt an rechtsstaatlichen Prozessen. In diesem Zuge fordert die Bundesregierung Freiräume für die Zivilgesellschaft und sucht den engen Austausch zum Thema Menschenrechte. Die IGFM fordert darüber hinaus, dass sich die Regierung stärker für die Freilassung von inhaftierten Bürgerrechtlern und Demokratie-Aktivisten einsetzt. Zudem setzt die IGFM den Fokus auf Frauenrechte in Ägypten (Verschleierung, islamisches Scheidungsrecht, Ehrenmorde) und sieht Gefahr für in Ägypten lebende Kopten, Christen und Konvertiten“ (IGFM, 2017)